

An die/den

Herrn Präsidenten der Region Hannover, Hauke Jagau

Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Belit Onay

Damen und Herren Vorsitzende(n) der Fraktionen und Mitglieder der Sozialausschüsse der Regionsversammlung und des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Dezernentinnen für Soziales in der Region und der Landeshauptstadt Hannover, Dr. Andrea Hanke und Konstanze Beckedorf

Baudezernenten für die Landeshauptstadt Hannover, Uwe Bodemann

Dezernentin für Gesundheit usw. der Region Hannover, Cora Hermenau,

Bildungsdezernentin der Landeshauptstadt Hannover, Rita Maria Rzycki

Stadtkämmerer Dr. Axel von der Ohe

Leitungen Träger Sucht- und Wohnungslosenhilfe

Ämtierenden Stadtsuperintendenten, Thomas Höflich

Regionaldechanten der Kath. Kirche Region Hannover, Dr. Christian Wirz

Rundbrief Nr. 6

Herbst und Winter stehen vor der Tür - wir auch - sagen Obdachlose.

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben wir aus der ersten Corona-Welle gelernt, wurden Erkenntnisse und Zeit genutzt? Sind wir auf die mögliche zweite Welle vorbereitet? Stehen wir bei einem nicht auszuschließenden Lockdown bereit, die dann erwartungsgemäß erneut zusammenbrechenden Strukturen der Wohnungs- und Obdachlosen aufzufangen? Gibt es in den Verwaltungen und bei den Trägern Maßnahmenpläne, die nicht nur dem Eigenschutz dienen, sondern auch die Bedürftigkeit vieler Menschen in unserer Stadt im Vordergrund haben?

Wir haben gelernt, dass Hygiene- und Abstandsregeln die pandemische Entwicklung hemmen können. Aber welche Auswirkungen hat das für die Tagestreffs von Menschen in Obdachlosigkeit? Bei der Caritas beispielsweise führt die Beachtung der Regeln dazu, dass nur noch ca. ein Drittel der Besucher im Vergleich zum letzten Winter eingelassen werden kann. Wo bleiben die übrigen zwei Drittel bei schlechtem Wetter, Nässe, Kälte und Dunkelheit? Wie bekommen sie nicht nur den ihnen zustehenden Schutz sondern auch den Zugang zu Hilfe und Beratung? Kommunale Tagesaufenthalte, auf die sie einen Anspruch hätten, stehen ihnen gar nicht zur Verfügung.

Obdachlose Personen sind so unterzubringen, dass sie die Möglichkeit haben, sich in der Unterkunft ganztägig aufzuhalten. Das OVG Nordrhein-Westfalen begründet diesen Anspruch folgendermaßen: „Die Grenze zumutbarer Anforderungen liegt dort, wo die Anforderungen an eine menschenwürdige Unterbringung nicht eingehalten sind. Unter Berücksichtigung dieser Grenze sind obdachlose Personen regelmäßig so unterzubringen, dass sie die Möglichkeit haben, sich in der Unterkunft ganztägig aufzuhalten. Dieser Anforderung muss die Unterbringung schon deshalb entsprechen, weil den Obdachlosen nicht nur nachts, sondern auch tagsüber Schutz vor der Witterung zu bieten ist. Im Übrigen fordert die Menschenwürde, dass dem Obdachlosen auch ungeachtet der Witterungsverhältnisse durch Zuweisung einer bestimmten Unterkunft nicht nur zeitweise, sondern den ganzen Tag über eine geschützte Sphäre geboten wird“ (OVG NRW, Beschluss vom 04.03.1992 – 9 B 3839/91, bestätigt durch OVG NRW, Beschluss vom 17.02.2017 – 9 B 209/17).

Aber was passiert in Hannover? Die schutzsuchenden Menschen müssen tagsüber auf die Straße. Und die Tagestreffs der freien Träger sind keine Instrumente zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung. Die Tagestreffs der Träger basieren im Wesentlichen auf dem SGB XII. Evtl. könnte man den KOMPASS als Maßnahme aus dem Bereich Sicherheit und Ordnung ansehen; aber warum wird der KOMPASS dann aus dem Sozialetat finanziert?? Vor Corona passten ca. 35 Menschen dort hinein. Heute ist ein „Fensterlitz“ in der Tür und die Menschen sitzen auf den Gehwegplatten. Die Rechtsprechung sieht die Entlassung aus der Unterkunft am Morgen als Möglichkeit, fordert jedoch dann einen Tagesaufenthalt mit einem Abstand von ca. 30 Fußminuten zur Unterkunft für die Nacht. Das schafft man in Hannover, wenn man flink ist, nur von der Wörthstraße zum KOMPASS. Aber wenn dort niemand hineinpasst ... und was ist mit den anderen Unterkünften?

StiDU fordert, diesen rechtswidrigen Zustand zu beenden. Die Stadt muss Tagesaufenthalte schaffen oder die Notunterkünfte ab sofort ganztägig öffnen.

Die zweite Halbzeit hat begonnen!

Das „Erfolgsmodell Jugendherberge“ wird in einer - so kommunizierten- Übergangsvariante im Naturfreundehaus fortgesetzt. Die Deadline ist der 15. Oktober. Das ist bald. In der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. Oktober sollte die Interimslösung durch ein endgültiges Lösungskonzept abgelöst werden. Aber ist wirklich etwas passiert? Wir wissen, dass die Caritas und die Diakonie mit dem Papier „Zwischenraum“ ein Konzept vorgelegt haben. Von der Verwaltung ist nichts zu hören, was auf eine endgültige Lösung hindeuten könnte. Warum wird seitens der LHH immer wieder angeführt, für die Weiterführung des "Erfolgsmodells Jugendherberge“ stünden keine geeigneten Immobilien zur Verfügung, wenn z.B. am Geveker Kamp 13, Schulenburger Landstraße 167-199 und Kleefelder Straße 31 städtische Liegenschaften mit geschätzt 250 Wohnungen leer stehen? Welche Gründe gibt es, warum diese bereits in der Vergangenheit von der Zielgruppe benutzten Wohnungen nicht mehr genutzt werden, während sich die Zahl derer, die auf der Straße leben, ständig wächst. Die Zahl der Obdachlosen steigt und die LHH lässt Wohnungen, die zur Unterbringung geeignet sind, leer stehen. Ein Privatinvestor hätte er schon längst öffentlich Gegenwind bekommen. Warum ist Geld für die aufwändige Sanierung der beiden Pavillons im Großen Garten vorhanden während städtische Wohnungen leer stehen und den Menschen das Straßenpflaster, die Eilenriede, Baustellen oder Abbruchhäuser bleiben? In der Sozialausschusssitzung der Regionsversammlung am 18.06. war es einhellige Meinung aller politischen Parteien, das „Erfolgsmodell Jugendherberge“ (nicht den z.Zt. unvollkommene Schnellschuss vom 14.7. auf den letzten Drücker) auf alle Fälle fortzusetzen. Welche Position vertreten eigentlich die im Stadtrat vertretenen Parteien? Hat die Verwaltung aus dem 15.7. nichts gelernt?

Will man am 15.10. nunmehr die Menschen auf die Straße schicken? Das versteht dann niemand mehr; der Sommer ist vorbei.

Im Schlechten etwas Gutes!

Betreut durch die SeWo e.V. hat auf dem Weg der Partizipation die Gruppe „Armut stinkt“ ein Forschungsprojekt zur Akzeptanz der Unterkünfte und den Lebenslagen wohnungsloser Menschen in Hannover durchgeführt und einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Chapeau, sagt StiDU. Es kommt ein klein wenig Licht in die Dunkelheit der Erkenntnisse zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Landeshauptstadt Hannover. Es lohnt sich, hier weiterzulesen: <https://armutstinkt.de/forschung/>

Herzliche Grüße

Reinhold Fahlbusch

1. Vorsitzender

Tel.: +4915140140051

Mail: fahlbusch@stidu.de

StiDU

Stimme der UngeHÖRTen

Theodor-Krüger-Straße 3

Haus 1

30167 Hannover

Andrea Weinhold-Klotzbach

2. Vorsitzende

Tel.: +491778115581

Mail: weinhold-klotzbach@stidu.de

WEB: www.stidu.de

